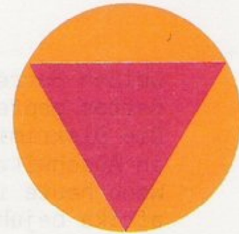
# DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 6/86




## 10 Jahre Soweto

Der 10. Jahrestag der Ereignisse von Soweto ist für uns heute Anlaß für besondere Aktionen gegen die Apartheid in Südafrika.
Was war nun 1976 in Soweto, einem schwarzen Vorort von Johannesburg, los?

Die Regierung Vorster hatte durch den sog. Afrikaanserlaß angeordnet, daß in allen Schulen der Schwarzen Afrikaans statt bisher Englisch verbindliche Unterrichtssprache werden sollte. Afrikaans ist für die Schwarzen die verhaßte Sprache ihrer Unterdrücker, die sie nicht sprechen wollen und können, die sie in weitere Abhängigkeit bringen soll.
So wird der Erlaß Auslöser der Auflehnung von ca. 250.000 Schülern in der gesamten Kap-Region gegen die Bantuerziehung, jener Spezialerziehung für Schwarze, deren oberste Prinzipien Gehorsam, Fleiß und Unterordnung sind, um so für die weiße Minderheit ausbeutbare Skalven zu produzieren.

Die friedlichen Aktionen der Schüler - Unterrichts- und Examensboykott und Demonstrationen - wurden von der weißen Polizei in einem Blutbad erstickt. Soweto ist Zentrum dieses Terrors.
Aber der Aufstand von Soweto setzt Zeichen für die Zukunft:
Die weiße Regierung hat es bis heute nicht geschafft, jene Friedhofsruhe wiederherzustellen, die vor 1976 herrschte.
Die Jugendlichen, ihre Eltern, schwarze Arbeiter, die Mischlingsbevölkerung und in letzter Zeit zunehmend Weiße sehen immer deutlicher in Apartheid die Ursache ihres menschenunwürdigen Daseins. Heute haben sich ihre demokratischen Organisationen zu einem breiten Bündnis, der United Democratic Front (UDF) zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Apartheid vorzugehen.

Aus den Erfahrungen des Hitlerfaschismus wissen wir, daß die Nazis zur Durchsetzung ihrer Terrorherrschaft die "arische Rasse" als die allen überlegene hervorhoben. So konnten sie andere Bevölkerungsgruppen ausgrenzen und bis zur physischen und psychischen Vernichtung für ihre kriegerischen Zwecke ausbeuten.
In Südafrika werden heute die Schwarzen in ihrem eigenen Land von den

weißen Herrschenden als rechtlose, minderwertige Rasse behandelt und in Gettos gepfercht.
Die Diskriminierung und Trennung der Rassen endete im Hitlerdeutschland in Auschwitz, in der millionenfachen Ermordung der Juden.
Wenn heute in unserem Land reaktionäre Kräfte das Apartheidsystem in Südafrika bejahen, handeln sie im Sinne jener Neofaschisten, die behaupten, allein die Trennung der "Rassen" ermögliche es, daß jede ihre kulturelle und ethnologische Identität bewahren könne.
Hier in unserem Land dient diese Argumentation der Neofaschisten den Rechten letztendlich dazu, "Ausländer raus" zu fordern, in Südafrika ist sie den Regierenden Vorwand zur Gettorisierung der schwarzen Stämme in Homelands. Apartheid war Vorgeschichte von Auschwitz! Diese Entwicklung gilt es in Südafrika zu verhindern.
Die Bundesrepublik ist durch wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit eng mit dem Apartheidregime verbunden.
Obwohl gerade wir Deutschen aus unserer Geschichte die Verpflichtung entnehmen müssen, faschistischen Entwicklungen in anderen Ländern konsequent entgegenzutreten, hat unsere Regierung bisher an der uneingeschränkten Unterstützung der Regierung in Südafrika festgehalten. Die gleiche Bundesregierung, die hier versucht, die demokratischen Kräfte zum Schweigen zu bringen, ist ein wesentlicher Stützpfeiler für die Apartheid in Südafrika.

Wenn es uns gelingt, hier in unserem Land die Rechtswende zu stoppen, den neofaschistischen Kräften das Handwerk zu legen und ein Klima der Völkerverständigung und des Friedens zu schaffen, hat das gleichzeitig positive Auswirkungen auf die demokratische Entwicklung in Südafrika.
SCHLUSS MIT DER APARTHEID IN SÜDAFRIKA








"Blues"  Jörg Baumgarten

Hrsg: VVN/Bund der Antifaschisten                ViSdP: W. Hundertmark

# Kommt alle!

Liebe Freunde!
<u>In meinem Prozeß in Sachen Bremer Bankblockaden gegen die Apartheit in Südafrika bin ich verurteilt worden zu 8 Tagessätzen à DM 30.- auf 2 Jahre zur Bewährung, ein Strafmaß, das über den Strafbefehl hinausgeht.</u>
Ich habe Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die Verhandlung wird voraussichtlich im Juni oder Juli sein.
Ich bitte Euch bis dahin, die Angelegenheit nochmals im Bremer Antifaschisten publik zu machen. Dazu schicke ich Euch meine Prozeßerklärung.
Ich danke Euch für Eure Unterstützung.
Mit solidarischen Grüßen,
Pitt von Well.

<u>Erklärung:</u> Zum Prozeß wegen angeblicher "Aufforderung zu Straftaten" im Zusammenhang mit den Bremer Bankblockaden im Sept.´85

Aufforderung zu Straftaten wirft die Bremer Staatsanwaltschaft mir im Zusammenhang mit dem Aufruf zu den Bremer Bankblockaden vor. Zwei Dinge werden mir damit wie selbstverständlich unterstellt: -1. Im Sinne einer vorgeblich allgem. gültigen Auffassung verwerflich gehandelt zu haben; -2. Zur Gewalt aufzufordern, bzw. zu ihrer Anwendung bereit zu sein. Ich möchte beim letzteren beginnen, der Frage der Gewaltanwendung.Ich gehöre seit 15 Jahren der Deutschen Friedensgesellschaft - Die DFG-VK, und in ihr auch ich, setzt sich gemäß ihrem Programm ein für den Abbau friedenshemmender und den Aufbau friedensfördernder Gesellschaftsstrukturen. Sie tritt ein für die gewaltfreie Lösung von Konflikten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall auf der Welt. Sie tut dies ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln. Die direkte gewaltfreie Aktion - also auch die Blockade - ist für uns ein solches Mittel, das geeignet ist, auf Gewaltstrukturen hinzuweisen, oder sie zumindest ansatzweise abzubauen. Dabei ist es für uns nicht erheblich, ob dieses Mittel des politischen Engagements nach der jeweils herrschenden Rechtsauffassung legal ist. Entscheidend für uns ist, daß es im Sinne des mit ihm verfolgten Ziels für uns moralisch legitim ist. Für die Bremer Bankblockaden trifft dies zu. Das Flugblatt, mit dem zu ihnen aufgerufen wurde, enthält keinerlei Aufforderung zu irgendwelchen kriminellen Handlungen oder zu Gewalttaten, und es ist m.E. müßig, nach rein formalen Kriterien einige Paragraphen des Stgb. zu bemühen, um politisch richtige, und für das Überleben vieler Menschen im südlichen Afrika wichtige Aktionen zu kriminalisieren. Ich fühle mich in diesem Sinne unschuldig und bekenne mich zu diesen Aktionen. Und damit komme ich zum ersteren, der angeblichen Verwerflichkeit meiner Tat.

Das Mittel der direkten gewaltfreien Aktion ist eines, das den Menschen im südlichen Afrika als Möglichkeit bei ihrem Ziel, die schwarze Bevölkerungsmehrheit als billige Arbeitskräfte auszubeuten.. Dieses System dient auch dazu, die Mehrheit in Südafrika auszuschließen vom Reichtum des Landes, einem Reichtum, den die Mehrheit erarbeitet. Diese ökonomische Ausbeutung ist das Fundament aller anderen Unterdrückungsmaßnahmen, die der schwarzen Bevölkerung das Leben zur Qual machen."
Auf diesen Zustand wollten wir mit den Bremer Bankblockaden aufmerksam machen. Wir sehen die Möglichekit, daß die Chance zur Beendigung der Verletzung der Menschenrechte durch das Rassistenregime in Südafrika durch unseren gewaltfreien Widerstand, und den durch ihn erzeugten öffentlichen Druck wächst. Es ist im Wesentlichen auch bundesdeutsches Kapital, vertreten durch seine Firmen und Banken, das das Apartheitsregime im südlichen Afrika stützt. (Ich zitiere nochmals Bürgermeister Wedemeier aus seiner Rede vor der Bremischen Bürgerschaft am 13.11.85):
"Die weiße Minderheit in Südafrika bezieht ihre Macht und ihre Privilegien vor allem aus dem wirtschaftlichen Rückhalt, den in erster Linie der Westen durch Handel und Kapitalbeziehungen bietet. Allen verbalen Verurteilungen zum Trotz hat sich die Zusammenarbeit der westlichen Länder mit Südafrika noch gesteigert. Damit wird die Apartheit noch verlängert und stabilisiert. Wer angesichts dieser Situation die Minderheitsregierung in Südafrika stützt,

## Ladung

[redacted]

Landgericht
Strafkammer IX
Geschäfts-Nr. 18 Ns 15 Js 33512/85
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

Sehr geehrte r Herr van Well!

In dem Strafverfahren gegen Sie

wegen öffentl. Aufforderung zu Straftaten

[redacted]

ist Termin zur Hauptverhandlung vor dem Landgericht Straf-/Jugendkammer angesetzt auf:

| Wochentag | Tag, Monat, Jahr | Uhrzeit | Zimmer-Nr. | im Gerichtsgebäude |
|---|---|---|---|---|
| Donnerstag | 19. Juni 1986 | 9.oo | 253 | (Altbau) Domsheide 16 II..... Geschoß |

Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) an, einer Vereinigung von Kriegsdienstverweigerern, die den Abbau von Gewaltstrukturen auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ich bin in diesem Verband seit meinem Eintritt immer aktiv gewesen,weil er sich an den Grudnsätzen des Politischen Pazifismus, des Antimilitarismus und des Antirassismus orientiert. Diese Grundsätze sind gewaltfrei in ihren Aktionsorientierungen und Handlungsansätzen, und sie haben die ganze letzte Hälfte meines bisherigen Lebens bestimmt.

Kampf um die Befreiung von Unterdrückung und bei der Verwirklichung ihrer Menschenrechte der Freiheit, der Selbstbestimmung und der politischen Souveränität längst genommen worden ist, denn: (und nun zitiere ich Bürgermeister Wedemeier aus seiner Rede vor der Bremischen Bürgerschaft vom 13.11.85).
"..der Rassismus ist die Quelle der GEwalt, des Unrechts und des Unfriedens im gesammten südlichen Afrika. Apartheit ist nicht nur eine unmenschliche Geisteshaltung, sie ist vor allem ein ökonomisches System mit dem

verstößt gegen die Prinzipien unseres Grundgesetzes, das auch für die Außenpolitik Geltung hat. Wir müssen erkennen, daß der Rassismus sich nur behaupten kann, weil er international unterstützt wird. Wir müssen in der BRD endlich die internen Streitigkeiten beenden und einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Apartheit .. leisten. Mit allen geeigneten Mitteln muß Druck auf Südafrika ausgelöst werden, um einige Ziele zu erreichen. Ich nenne nur einige: Nelson Mandela und alle politischen Gefangenen müssen

sofort und ohne Bedingung freigelassen werden; das Verbot der Befreiungsorganisationen der schwarzen Farbigen ist aufzuheber Südafrika muß wissen, daß die Apartheitspolitik auf aktive Gegnerschaft stößt. Dazu sollten gehören: Verbot neuer Investitionen für deutsche Unternehmen in Südafrika, Verbot für neue Kreditgewährung an Südafrika durch bundesdeutsche Banken.."

Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang halten wir die gewaltfreien Blockaden auch von Banken für ein geeignetes Mittel, um die Menschen in der BRD auf die permanente Verletzung von Menschenrechten in Südafrika aufmerksam zu machen, und auf die aktive Rolle bundesdeutschen Kapitals hierbei hinzuweisen, Dies und nichts anderes war Sinn und Zweck der Aktionen vor den Bremer Banken, und ich bekenne mich dazu.

In dem Flugblatt, das zu den Blockadeaktionen aufrief, und dessen Verteilung mir zur Last gelegt wird, wird die Rolle, die auch deutsche Banken aus Bremen in Südafrika spielen, ansatzweise beschrieben. Ich meine daher, daß die gewaltfreie Blockade auch gerade dieser BAnken der richtige Ansatzpunkt war, um die Menschen in unserem Land und unserer Stadt in möglichst naheliegender und aktueller Weise auf die Ursachen für die Leiden der schwarzen Bevölkerung aufmerksam zu machen. Jede Verurteilung eines der Beteiligten an diesen Aktionen ist somit (für mich) der Versuch der Kriminalisierung unseres Kampfes für die REchte der Menschen in Südafrika. Die Freiheit und Menschwürde der schwarzen Bevölkerung in Südafrika und ihr Kampf um Selbstbestimmung ist somit eng verbunden mit unserem Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung, wo immer sie auch geschieht. Wer sich an diesem Widerstand beteiligt, handelt nicht verwerflich, er sit nicht kriminell. Ich erwarte daher auch einen Freispruch von dem gegen mich erhobenen Vorwurf durch dieses Gericht.

Ich werde auch weiterhin für die Abschaffung der menschenunwürdigen Apartheitspolitik und für die Beendigung der Unterstützung dieser Politik durch bundesdeutsches Kapital und seine Interessen aktiv eintreten. Ich würde dies auch jederzeit wieder mit den Mitteln der direkten gewaltfreien Aktion tun, wenn dies politisch sinnvoll und für die Veränderung öffentlicher Moral nützlich ist. Ein so verstandenes Handeln für das Erreichen von Freiheit, Menschenwürde und Souveränität für alle Menschen kann nicht verwerflich sein. Es kann auch niemals wirklich bestraft werden.

FREIHEIT FÜR AFRIKA - Es lebe die internationale Solidarität!

Peter van Well
Landesgeschäftsführer
in der DFG-VK/NdS-HB

WESER KURIER Nr. 129
6. Juni 1986

# Grundpfeiler des Friedens: Verträge und Vertrauen

## Lidice-Initiative veranstaltet Seminar mit CSSR-Gästen

**spa. Lidice — ein Name, der für Tod und Vernichtung durch Nazimörder stand und heute für Vertrauen und Völkerverständigung steht. Die Lidice-Initiative, von Bremer Kirchenmitgliedern 1979 gegründet, hat es sich zum Ziel gesetzt, Friedensarbeit und Abrüstungserziehung in den Köpfen der Bürger zu verankern. Der Name des böhmischen Dorfes in der Tschechoslowakei gilt als Symbol des Neuanfangs und der Versöhnung. Regelmäßige Treffen zwischen Deutschen und Tschechoslowaken sind die Grundpfeiler dieser Arbeit. So werden wieder in wenigen Tagen 15 Gäste aus der CSSR und drei aus der DDR in Bremen erwartet.**

Die Seminarbegegnung steht diesmal unter dem Motto „Friedenssicherung durch Verträge und Vertrauen". Wenn sich Gäste und Gastgeber ab kommenden Dienstag, 10. Juni, für zwei Tage in der Zionsgemeinde und im Lidice-Haus in St. Magnus treffen, dann ist es auf den Tag genau 44 Jahre her, daß die Nationalsozialisten das böhmische Dorf völlig zerstörten und alle Männer erschossen. „Es sind die Hypothek dieser Vergangenheit und die antifaschistische Arbeit, die Grundlage unserer Kontakte sind", betonte gestern Pastor Ernst Uhl von der Lidice-Initiative. Die Deutschen könnten bei dieser Partnerschaft nichts fordern. „Wir können nur hoffen", so Uhl, „daß uns die Hand gereicht wird."

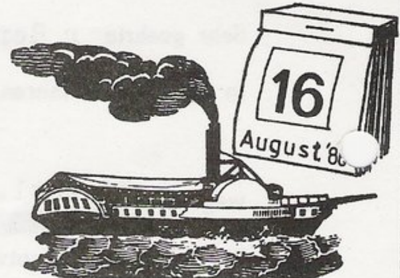
Und eben dies haben die CSSR-Vertreter längst getan. Sie reisen in der nächsten Woche mit Vertretern des Friedensrates und der Christlichen Friedenskonferenz, mit Gewerkschaftern, Mitgliedern aus Jugend- und Frauenverbänden sowie Widerstandskämpfern an. Auf Bremer Seite nehmen an solchen Begegnungen ebenfalls Mitglieder verschiedener Organisationen teil. Das Spektrum reicht vom Landesjugendring, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der DKP bis hin zum Deutschen Gewerkschaftsbund, der SPD, der CDU, der FDP und den Grünen.

Im Mittelpunkt des Seminars aus Anlaß des UNO-Friedensjahres stehen Möglichkeiten der Friedenssicherung durch Verträge und Vertrauen. Zu diesem Thema sind Vorträge, Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen geplant. Genannt seien hier zwei öffentliche Veranstaltungen: Am Dienstag, 10. Juni, um 20 Uhr sprechen Anna Rohlova vom Bürgermeisteramt in Lidice, Dr. Dusan Spácil, Botschafter der CSSR in Bonn sowie Ernst Waltemathe (SPD) im Festsaal des Neuen Rathauses. Thema: „Friedenssicherung in Mitteleuropa". Am Mittwochabend geht es um 20 Uhr in der Zionsgemeinde Kornstraße 31 um das Thema „Die Bedeutung von Völkerrecht und Menschenrecht". Mit dabei sein werden Vertreter von SPD, CDU, Grünen, DKP, Kirche, Senat und DGB.

Mitglieder der Lidice-Initiative appellierten gestern erneut an den Senat, vom Verkauf des Lidice-Hauses, der Jugendbildungsstätte in St. Magnus, abzusehen. Die Einrichtung, so Volker Homburg, sei für die antifaschistische Jugendarbeit in Bremen von besonderer Bedeutung. Ratlos fragt er: „Was sollen wir unseren Gästen aus der CSSR erzählen?" Als dem Haus vor drei Jahren der Name des Dorfes gegeben wurde, sei dies gerade für die Freunde aus der CSSR ein Hoffnungszeichen gew[illegible]n. „Heute nun sind wir angesichts der Verkaufsabsichten hilflos und beschämt."

SOMMERAUSFAHRT '86

VVN / B.d.A.




**Gasthaus am Badener Berg**

. . . mit dem herrlichen Ausblick vom höchsten Punkt des Badener Berges in das Wesertal

*diesmal mit dem Bus!*

Treffpunkt netter Leute



Wir gratulieren zum Geburtstag den Kameradinnen und Kameraden am:

| | | |
|---|---|---|
| 2.6. | Horst Hackenbroich | 72 Jahre |
| 9.6. | Hermann Prüser | 83 Jahre |
| 9.6. | Meta Lührs | 82 Jahre |
| 9.6. | Minchen Scheffler | 73 Jahre |
| 14.6. | Theo Wattenberg | 77 Jahre |
| 17.6. | Hermann Teetz | 85 Jahre |
| 18.6. | Ernst Meyer | 88 Jahre |
| 20.6. | Fritz Knappe | 85 Jahre |
| 25.6. | Hermann Gautier | 66 Jahre |
| 30.6. | Hanna Erdmann | 90 Jahre |

# Zwei Welten?

Zwangsarbeit und Wiedergutmachung!
Zwei verschiedene Welten?

Diesen Eindruck konnte man schon bekommen, wenn man am 7.5.86 ins Staatsarchiv gegangen war. Anlaß war eine Einladung der VVN-BdA, der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden und anderen Persönlichkeiten und Organisationen zu einem Gesprächsabend unter dem Leitmotiv "Befreit und doch weiter gedemütigt".

Um in dieses Thema fachgerecht hineinzukommen, hielt Heinz Düx ein Referat zu dem Thema "Die Geschichte der Wiedergutmachung und die besondere Situation der Zwangsarbeiter/Sklavenarbeiter".
Zur Einführung in das Referat wurde eine grundsätzliche Überlegung angestellt, ob es überhaupt eine Wiedergutmachung angesichts der grauenhaften Verbrechen geben könne.
Danach folgte eine kurze Skizzierung der Geschichte der Wiedergutmachung, die sich grob gesagt in 4 Phasen einteilen läßt. Die erste Phase wurde mit der Gründung der BRD beendet. Diese Phase war vor allem durch eine uneinheitliche Regelung, hervorgerufen durch eine unterschiedliche Politik in den verschiedenen Besatzungszonen, gekennzeichnet.
Die zweite Phase dauerte bis zum Jahre 1953. Diese zweite Phase zeigte deutlich das Desinteresse der Bundesregierung in diesem Bereich. Es gab keine einheitliche Regelung auf Bundesebene, sondern die Länderregierungen konnten weitgehend unabhängig voneinander entscheiden.
Dies änderte sic h erst ab 1953 in der dritten Phase. Auf Druck der West-Alliierten und zur Erlangung der Souveränität wurde 1953 eine Übergangsregelung auf Bundesebene beschlossen. Schließlich wurde 1956 das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) verabschiedet (vierte Phase).

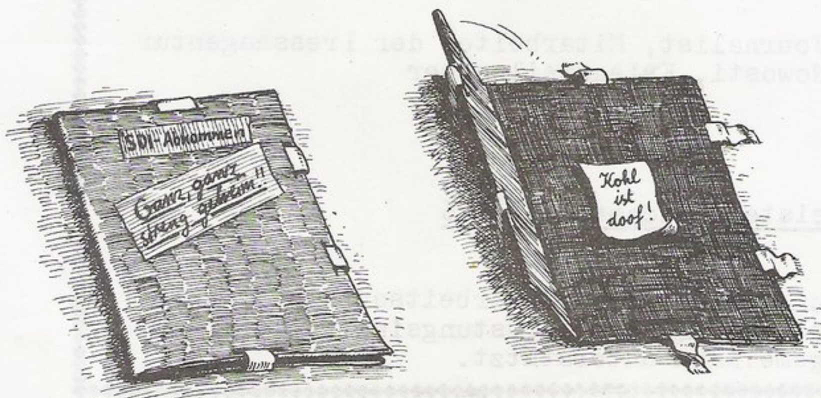
WEnn man einmal davon absieht, daß das BEG erst 11 Jahre nach der Befreiung verabschiedet worden ist, und schon eventuelle Antragsteller verstorben waren, läßt sich grundsätzlich sagen, daß es positiv zu bewerten ist. Es ist aber auch festzustellen, daß bestimmte Gruppen planmäßig von der Wiedergutmachung ausgeschlossen wurden (z.B. Kommunistische Widerstandskämpfer durch den BEG Paragraphen 6, Absatz 1, Ziffer 2).

So sind z.B. Zwangssterilisierte und Euthanasieopfer praktisch von der Wiedergutmachung ausgeschlossen. Sie können zwar über einen Härtefond Ansprüche anmelden, jedoch die Chancen dabei denkbar schlecht.
Ehemalige Häftlinge, die im KZ als Asoziale, Kriminelle oder Homosexuelle gekennzeichnet waren und damit den schwarzen, grünen oder rosanen Winkel tragen mußten, sind von der Wiedergutmachung gänzlich ausgeschlossen. (Übrigens wurden z.B. viele politische Widerstandsaktionen von NS-Gerichtshöfen als kriminelle Vergehen geahndet und demzufolge wurden politische Widerstandkämpfer als Kriminelle behandelt.
Die Sinti und Roma hattes es mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu tun. Erstens galten sie erst ab dem 1.März 1943 als rassisch verfolgt, zweitens waren die juristischen Fristen z.T. schwer verständlich und drittens gab es eine allgemeine Verunsicherung und Zurückgezogenheit bei ihnen, die sie durch die vielen Gänge durch die gerichtlichen Instanzen bekamen.
Schwer war auch der Weg zur Erlangung der Wiedergutmachung für ehemalige Widerstandskämpfer, die sich auch nach 1945 ihrer Weltanschauung verpflichtet fühlten.Hieß es in der Präambel des BEG noch: "... daß der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die Nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates war.", so war es jedoch Tatsache, daß noch immer politisch Verfolgte des NS-Regims und ehemalige Widerstandskämpfer von der Wiedergutmachung ausgeschlossen wurden. Dies geschieht unter Anwendung des BEG Paragraphen 6, Absatz 1, Ziffer 2, in dem es heißt:" Von der Entschädigung ausgeschlossen ist, wer nach dem 23.5.1949 die freiheitliche Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat..."
Diese Regelung betraf vor allem Mitglieder der KPD, die sich auch in den 50 er Jahren noch offen zu ihrer Weltanschauung bekannten.
Eine weitere Erschwerung für ehemalige Zwangsarbeiter ist der Punkt, daß Zwangsarbeit als solche nicht anerkannt wird. Es gibt höchstens eine Entschädigung für Freiheitsberaubung in Höhe von 150.-DM pro Monat. Gesetzlichen Anspruch auf Lohn, der ja während der Zwangsarbeit nicht gezahlt wurde, gibt es nicht.
Um als ehemaliger Zwangsarbeiter eine Wiedergutmachung zu erhalten, gehörte wohl schon immer viel Kraft und Ausdauer. DAs BEG in seiner Anwendung ist sehr lückenhaft geblieben. Hier liegt unsere tagespolitische Aufgabe, um für ein Klima zu sorgen, in dem solche Benachteiligungen nicht mehr möglich sind.
Es wurde im Vortrag sichtbar, daß die Wiedergutmachung von dem politischen Klima abhängig war. So hatten es ehemalige Zwangsarbeiter, die in heutigen Ostblockländern leben, sehr schwer eine Entschädigung zu bekommen.
Aber auch jüdische Zwangsarbeiter, die in heutigen NATO-Ländern leben, und sich zu festen Interessensgemeinschaften zusammenschlossen, haben nur unter entwürdigenden Bedingungen Zahlungen erhalten. So wollte z.B. die Firma Rheinmetall in die USA Panzerfäuste verkaufen. Als das Geschäft zu platzen schien, bezahlte die Firma Rheinmetall 2,5 Mill. DM zur Beruhigung des amerikanischen Gewissens an ehemalige Zwangsarbeiter. Daraufhin bekam die Firma ihren Auftrag in Höhe von 300 Mill DM aus den USA. Außerdem war diese Zahlung sowie alle anderen Zahlungen,die Privatunternehmen jemals an ehemalige Zwangsarbeiter machten, eine Pauschalsumme. So kam es, daß z.B. ein ehemaliger Zwangsarbieter, der 4 Jahre Zwangsarbeit leistete, lediglich 5.000.-DM erhielt.

In der Diskussion, die dem Referat folgte, stellten sich folgende Punkte als besonders wichtig heraus:

- Wir müssen uns um die einzelnen Menschen, um die betroffenen Personen kümmern.
- Es geht darum, berechtigte Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter und nichtentschädigter Opfer durchzusetzen.
- Es geht uns um ein Dokumentationszentrum, um über das Zwangsarbeitersystem in Bremen zu berichten.

Um eine weitere Arbeit zu gewährleisten, wurden die Initiatoren beauftragt, den gleichen Kreis zu einem weiteren Gesprächsabend einzuladen. Der Termin wird auch demnächst noch mal im BAF angekündigt.




# „STERN OHNE HIMMEL“

**Theaterproduktion der KNALLTÜTEN**

Nach dem großen Erfolg, den die KNALLTÜTEN im Dezember 1985 mit ihrer Inszenierung von Leonie Ossowskis Roman „Stern ohne Himmel“ im Kulturzentrum Schlachthof hatten, spielen sie dieses Stück dort nun ein weiteres – und letztes – Mal. Lohnenswert für alle, die es noch einmal sehen wollen oder es im Dezember verpaßt haben.
„Stern ohne Himmel“ spielt im letzten Kriegsjahr 1945 in einer zerbombten Kleinstadt. Schüler des dortigen Internats werden in eine fast ausweglose Situation gebracht, als sie in ihrem Kellerversteck den 14-jährigen Judenjungen Abiram aufstöbern. Die Geschichte, die sich aus dieser Entdeckung entwickelt, ist spannungsgeladen und recht dramatisch. Sollen die Schüler Abiram retten oder ihn an seine Verfolger ausliefern? Es entsteht ein emotionales und dichtes Bild von Menschen, die 1945 gelebt haben könnten und gelebt haben. Im Mittelpunkt aber stehen die Schüler des Internats, welche sich trotz der Schrecknisse und Gefahren, die mutiges und unerschrockenes Handeln in dieser Zeit mit sich bringen, nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was sie für richtig halten.
Die KNALLTÜTEN spielen vom 30.6.–3.7. jeweils um 11 Uhr und um 20 Uhr in der Kesselhalle des Kulturzentrums Schlachthof.

# Termine

VVN-BdA - Termine

16.6., ab 15 Uhr zum 10.JAHRESTAG SOWETER-SCHÜLER-AUFSTAND IN SÜDAFRIKA auf dem Marktplatz
21.6., BÜRGERHAUSFEST Bremen Nord
23.6., 20 Uhr KASSIERERTREFFEN, Gruppe West Bgm Deichmannstr. 26

Bremen Nord:

11.6., 20 Uhr, Neofaschismus Diskussionspapier Teil I
28.6., 16 Uhr, Neofaschismus Diskussionspapier Teil II + III Bürgerhaus Gustav Heinemann

Bremerhaven:

3.6., 20 Uhr Mitgliederversammlung

Bremen:

Gruppe West

21.6., Ausfahrt siehe Hinweis in dieser BAF-Ausgabe
23.6., 20 Uhr, Kassierertreffen (s.o.)

Gruppe Ost

25.6., 19.30 Uhr, Auswertung des 1. Halbjahres bei Irene und Line, Wachmannstr. 164 A

"Es gibt viel zu tun..."

Nachdem ich mich nun seit ungefähr einem Monat über Geschichtsfragen einigermaßen schlau gemacht habe, ist es mal wieder so weit!
Am 19.Juni um 20.00 Uhr trifft sich die Geschichtsgruppe im Büro. Es geht dabei um folgende Themen:
- Bisherige Geschichtsarbeit in Bremen
- Aufgab en der VVN-BdA in der Geschichtsarbeit
- Einschätzung der Kräfte und perspektivischen Ziele innerhalb der Geschichtsgruppe

"DIE 50ER JAHRE IN BREMEN"
Zeitzeugen berichten

6.6., 17 Uhr, "Von der Senatspartei zum Verbot", Die Entwicklung der Bremer KPD 1945 bis 1956
Hermann Gautier (ehemaliger Kreisvorsitzender der KPD)
Veranst.: Volkshochschule Bremen Arbeit und Leben, Bremen
Ort: DGB Haus, Leuschner-Saal

20.6., 17 Uhr, "Der Kampf um die Neuordnung", Die KPD-Bürgerschaftsfraktion 1946 bis 1959
Willi Meyer-Buer (ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter der KPD)
Veranst.: Volkshochschule Bremen Arbeit und Leben, Bremen
Ort: DGB Haus, Leuschner-Saal

Ausstellungen

4. - 26.6., "Steine des Anstosses"
Die Analyse von Denkmalen, die Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges zum Inhalt haben, ist Teil der Analyse der Nachkriegsgesellschaft.
Denkmale sprechen eine deutliche Sprache. Dem Ausstellungsbesucher diese Sprache zugänglich zu machen und ihn für den ideologischen Gehalt solc her Monumente zu sensibilisieren, ist das Ziel der Ausstellung.
Die Dokumentation wurde konzipiert von Jochen Spielmann, Harald Marcuse und Frank Schimmelpfennig.
Veranst.: Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst/ Freunde und Förderer der Villa Ichon e.v.

Erkundung der regionalen Geschichte und Sommerausflug der Gruppe West

Am 21.6.1986 fährt die Gruppe West zu dem ehemaligen Konzentrationslager Sandbostel. Dort stehen noch einige Baracken. Die privaten Nutzer haben sich bislang gegen die Errichtung einer Gedenktafel gewehrt.
Auf einem großen Friedhof liegen viele ausländische Zwangsarbeiter und Häftlinge aus dem Konzentrationslager Neuengamme.
In Langenhausen wollen wir dann Abendbrot essen und uns vorher noch eine Ton-Dia-Schau ansehen, über die Route des Todesmarsches. Mehr darüber am 21.6.
Abfahrt 13.30 Uhr ab Büro Bgm Deichmann Straße 24. Wer mitfahren will, bitte Susanne (Tel 39 59 80) anrufen oder im Büro (Tel 38 29 14) Bescheid geben.
S.E.

"ÜBER GELD, DAS MAN HAT, SPRICHT MAN NICHT",
sagen die Anderen. Da wir es nicht haben, müssen wir eben immer wieder darüber sprechen.
Im Juni bitte beachten:
Der nächste Abrechnungstag ist Donnerstag, der 26. Juni, wie üblich von 15 Uhr - 17.30 Uhr.
Die Kameradinnen und Kameraden, die im Büro ihren Beitrag entrichten, werden gebeten, nach Möglichkeit diesen Termin wahrzunehmen.
Es bedankt sich im voraus,
Der Landeskassierer

## Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion

# Chance für einen dauerhaften Frieden?

Die VVN - Bund der Antifaschisten hat zum 45. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion ehemalige Kriegsteilnehmer aus Moskau eingeladen, um mit ihnen über Frieden und Abrüstung heute zu diskutieren.

## Diskussion mit sowjetischen Experten

Viktor Bojew, Journalist, Mitarbeiter der Presseagentur Nowosti, Kriegsteilnehmer

15.Juni 1986,
um 11$^{00}$ Uhr,
in der Bürgermeister Deichmannstr. 26

Die Veranstaltung wird durch den Arbeitsausschuß des Bremer Friedensforum und die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden unterstützt.